Nr. 22. Donnerstag, den 27. Januar 1916. 30. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 5 ₰. bei den Straßenhändlern 10 ₰. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—

Redaktion Fehlandstraße 11, I. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpke in Hamburg.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung: Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: I. Stock, Fehlandstr. 11.

Filialen: **St. Pauli**, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. **Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. **Nord-Barmbeck** bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. **Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck** und **Billwärder** bei Carl Ortel, Baustr. 26. **Hammerbrook** bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. **Rotenburgsort** und **Veddel** bei Fr. Hübener, Billh. Röhrendamm 213a, Hchpt. **Wilhelmsburg** bei H. Oellerich, Fährstr. 59, I. **Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde** und **Ost-Barmbeck** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Kriegsziele.

Erfahrungsgemäß setzt jedesmal dann, wenn auf militärischem Gebiet die große Koalition einen neuen Rückschlag erlitten hat, eine eifrige Besprechung der Kriegsziele ein. Das ist auch so eine Art, das gläubige Publikum mit Zukunftserwartungen über die unangenehmen Tatsachen des Tages hinwegzubringen. Denn der gute Mann, der etwa geneigt wäre, in dem Verlust Montenegros ein Zeichen des bevorstehenden Zusammenbruchs der Entente zu sehen, wird sofort auf andere Gedanken gebracht, wenn er in demselben Blatt gleichzeitig eine Mitteilung findet, wonach abermals ein wichtiger Punkt der dem besiegten Deutschland aufzuerlegenden Friedensbedingungen festgestellt worden sei.

Zu gleicher Zeit mit der notgedrungenen Mitteilung, daß Montenegro, weil in Feindesgewalt, aus der Reihe der aktiven Koalitionsstaaten ausscheide, veröffentlichte die französische Presse den Bericht der Budgetkommission der Kammer, in dem ganz trocken und geschäftsmäßig die Frage der Kriegsentschädigung, die Deutschland zu zahlen haben werde, erörtert wird. Der Bericht, also ein offizielles Aktenstück, sagt hierüber: „Werden unsere Gegner in der Lage sein, durch die Zahlung einer Kriegsentschädigung, sei es als Kapital, oder in der Form jährlicher Zahlungen, zur Tilgung unserer gewaltig gestiegenen Staatsschuld beizutragen? Hierauf bejahend zu antworten oder genaue Zahlenangaben zu machen, wäre anmaßend. Es wäre auch kindisch, sich zu verhehlen, daß unsere Feinde nach Vernichtung ihres Außenhandels durch die Blockade und nach Verlust ihrer meisten Absatzmärkte gar nicht mehr völlig allen berechtigten Forderungen der Verbündeten werden genügen können. Zwar ihr Verhalten würde jede Art Forderung von unserer Seite rechtfertigen; aber ihre Lage wird es ihnen nicht gestatten, denselben tatsächlich zu entsprechen. Daher suchen wir auch Deutschland militärisch, finanziell und wirtschaftlich niederzuzwingen. Und klarblickende Männer glauben mit Recht, daß Deutschlands vollständige Vernichtung, bei einer schwachen Kriegsentschädigung, aber einem sicheren Frieden hundertmal mehr wert ist, als seine teilweise Besiegung, wenn wir dann zwar mehrere Milliarden erhielten, dabei aber die Möglichkeit eines baldigen neuen Konflikts bestehen bliebe.“ Der brave Bürger, der dies liest, denkt nicht mehr an das „kleine Mißgeschick“ in Montenegro oder an den Rückzug von den Dardanellen oder gar an die unangenehme Tatsache, daß ein wichtiger Teil von Frankreich in deutschen Händen ist, sondern er erwägt, was besser sei, Deutschland einfach zu vernichten oder ihm auf die Dauer von etwa einem Jahrhundert Kontributionen aufzuerlegen. Und nur darüber wird debattiert, wobei die Presse geschickt nachhilft. So z. B. bringt als Beitrag zu diesem Thema am 21. Januar das „Echo de Paris“ eine Auseinandersetzung über „das wunderbare Pfand der preußischen Eisenbahnen“. Da wird erklärt, im preußischen Budget für 1916/17 sei der Wert dieser Bahnen mit 10 800 Millionen Mark angegeben und er werde sich noch steigern, denn in diesem Budgetjahr seien M. 56 641 000 für Ausdehnung und Verbesserung des Eisenbahnnetzes ausgeworfen. „Ein Pfandobjekt erster Güte“, sagt der Verfasser zungenschnalzend. Und nun kann es dem biedern Bourgeois gar nicht mehr zweifelhaft sein, daß der Sieg nahe ist, wenn man schon das Inventar aufnimmt, um die Deckung der Kosten zu sichern.

In Belgien haben sich in den letzten Tagen Stimmen hörbar gemacht, die erheblich von den bisher vernommenen abwichen. Es wurde nämlich ziemlich deutlich erklärt, daß es keinen vernünftigen Sinn hätte, wenn Belgien, das fast ganz in der Gewalt der deutschen Truppen sei, der Form nach den Krieg noch weiter fortsetze; viel klüger sei es, eine Verständigung zu suchen, die den Tatsachen Rechnung trage, aber auch ermögliche, daß sofort die friedliche Arbeit und der Verkehr wieder in vollem Umfang aufgenommen werden könne. Also Friedensschluß. Sofort aber wurde eine Schrift verbreitet, in der die Forderungen aufgezählt werden, die Belgien an das besiegte Deutschland zu stellen hat. Holländische Blätter geben den Inhalt dieser Schrift ausführlich wieder. Wir erwähnen daraus nur, daß ein bis an den Rhein sich erstreckendes Großbelgien verlangt wird, wobei auch ein Stück holländischen Gebiets der Abrundung halber annektiert werden soll. Das sind zwar tolle Phantasien; aber da sie sozusagen die Antwort auf die ersten schüchternen Friedensstimmen bilden, werden sie nicht geringen Einfluß ausüben, und zwar gerade durch ihre Ueberschwenglichkeit. Den durch die Erfolglosigkeit der Koalitionsheere Enttäuschten wird der Gedanke eingegeben, es müsse trotz alledem sehr gut stehen, denn man beschäftige sich bereits eingehend mit der künftigen Entschädigung der Ententestaaten aus der Bankerottmasse Deutschlands.

Auch in England tritt das Bedürfnis hervor, die „öffentliche Meinung“ abzulenken. Dort hat man nicht nur die Wirkung der Hiobsbotschaften aus dem Orient abzuschwächen, sondern auch die gärende Mißstimmung wegen des Dienstpflichtgesetzes möglichst zu beschwichtigen. Deshalb wird dort mehr als je zuvor die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, seine endgültige Ausschaltung aus dem Wettbewerb auf dem Weltmarkte als Programm verkündet. Nach dem Krieg soll der Handel Deutschlands verhindert, sollen seiner Industrie die Absatzgebiete verschlossen werden. In der Presse und auch im Parlament ist als Mittel zum Zweck eine Art Einkreisungs-Zollverein, der Großbritannien und seine Kolonien, die anderen Länder der Koalition und jene jetzt neutralen Staaten, die sich zeitig bekehren, umfassen soll, vorgeschlagen worden. Nicht so deutlich, aber immerhin verständlich genug hat Lloyd George auf den Plan hingewiesen:

„Ein neues industrielles England ist in der Entwicklung begriffen. Wir haben infolge des Krieges automatische Maschinen im Werte von vielen Millionen eingeführt, die nach dem Kriege eine sehr große Wirkung auf unsere Industrie haben werden, während wir jetzt die an sich schon große Armee von Industriearbeitern vergrößern, die vor allem notwendig sind, um die Verwüstungen des Krieges künftig wieder gut zu machen. Daher wird England keineswegs verarmen, sondern an allen Dingen, die einen wirklichen Reichtum bedeuten, reicher werden.“ Da, wie sich in den letzten Jahren vor dem Krieg zeigte, die englische Industrie von der deutschen überflügelt wurde, und da „automatische Maschinen“, selbst im Wert von „vielen Millionen“, keine Wendung bringen können — hätte man denn sonst den Krieg gebraucht? — so kann es sich bei dem Ausblick Lloyd Georges in die Zukunft nur um Zwangsmittel handeln.

Zum Unterschied von ihren Verbündeten lassen es sich die Engländer aber nicht damit genügen, daß sie ein Kriegsziel aufstellen, sondern sie treffen auch die Vorbereitungen, seine Erreichung zu ermöglichen. So ist vor einigen Tagen im Unterhaus ohne viel Aufhebens ein Gesetz beschlossen worden, daß in der Hauptsache darauf berechnet ist, deutsche Teilhaber aus englischen Gesellschaften auszuscheiden und ihre Ansprüche englischen Treuhändern zu übertragen. „Es würde so ein gewisser feindlicher Besitz sich in englischen Händen ansammeln. England beabsichtige nicht, das feindliche Eigentum zu konfiszieren. Aber England müsse erst sehen, wie englisches Kapital im feindlichen Auslande behandelt würde und sichere sich auf diese Weise ein Pfand, um eine würdige Behandlung seiner Untertanen zu gewährleisten oder diese im schlimmsten Falle zu entschädigen. . . . Alle diese Beschränkungen des feindlichen Handels sollten nicht mit dem Friedensschluß automatisch außer Kraft treten. Nach dem Friedensschluß müsse zunächst einmal festgestellt werden, wie das englische Eigentum im feindlichen Auslande behandelt wurde.“

Viel lehrreicher als dies Gesetz selbst sind die Erörterungen darüber, wobei alle Redner vollkommenes Einverständnis zeigten. Der Abgeordnete Butcher bezeichnete es als das Ziel des Krieges, England, seine Kolonien und seine Verbündeten dauernd von jeder Art des Handelsverkehrs mit einer Nation zu befreien, die sich durch ihre berechnete Barbarei außerhalb des menschlichen Kulturreiches gestellt hat. Abgeordneter Stewart (Kons.) erklärte, nicht zu verstehen, daß man nicht schon lange deutsches Eigentum in England annektiert habe. Abgeordneter Sir G. C. Marks (Lib.) meinte, daß viele englische Ersatzartikel für frühere deutsche Waren nach dem Frieden nicht konkurrenzfähig sein würden, wenn die deutschen Erzeugnisse wieder in das Land kämen. Abgeordneter Sir J. Walton (Lib.) klagte darüber, wie zärtlich man bisher alle Deutschen in England behandelt habe. England müsse dafür sorgen, daß Deutschland nach dem Kriege nicht wieder in die Höhe käme.

Kein Zweifel, daß dieses Kriegsziel, das Walton so klipp und klar bezeichnete, ganz nach dem Sinn der Mehrheit der einflußreichen Engländer ist. Und die minder einflußreichen werden einer Politik auch nicht widersprechen, die der englischen Industrie wieder eine Vorzugsstellung geben soll.

So wird in den Ländern der großen Allianz klüglich das Volk mit Ausblicken auf die Zukunft beschäftigt, damit es nicht die tatsächlichen Verhältnisse allzu gründlich erwäge und daraus den Schluß ziehe, auf den Frieden zu dringen.

Amtliche Kriegsberichte.

Französische Gegenangriffe bei Neuville abgewiesen.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 26. Januar 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Franzosen versuchten durch eine große Zahl von Gegenangriffen die ihnen entrissenen Gräben östlich von Neuville zurückzugewinnen. Sie wurden jedesmal, mehrfach nach Handgemenge, abgewiesen.

Französische Sprengungen in den Argonnen verschütteten auf einer kleinen Strecke unseren Graben. Bei der Höhe 285 nordöstlich von La Chalade besetzten wir den Sprengtrichter, nachdem wir einen Angriff des Feindes zum Scheitern gebracht hatten.

Marineflugzeuge griffen militärische Anlagen des Feindes bei La Panne an und unsere Heeresflugzeuge die Bahnanlagen von Loo (südwestlich von Dixmuiden) und von Béthune.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

*

Oesterreichisch-ungarischer Erfolg am Görzer Brückenkopf.

Ueber 1100 italienische Gefangene.

An der Isonzo-Front italienische Angriffe abgewiesen.

Fortsetzung der Waffenstreckung in Montenegro.

WTB. Wien, 26. Januar. Amtlich.

Russischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Görzer Brückenkopf nahmen unsere Truppen in den Kämpfen bei Oslavija einen Teil der dortigen feindlichen Stellungen in Besitz; hierbei fielen 1197 Gefangene, darunter 45 Offiziere, und 2 Maschinengewehre in unsere Hände. Auch an mehreren Stellen der Isonzo-Front nahm die Gefechtstätigkeit zu. Angriffe und Annäherungsversuche der Italiener gegen die Podgora, den Monte San Michele und unsere Stellungen östlich von Monfalcone wurden abgewiesen. Unsere Flieger belegten Unterkünfte und Magazine des Feindes in Borgo und Ala mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Vereinbarungen über die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres wurden gestern um 6 Uhr abends von den Bevollmächtigten der montenegrinischen Regierung unterzeichnet. Die Entwaffnung geht ohne Schwierigkeiten vor sich und wurde auch auf die Bezirke von Kolasin und Andrijevnica ausgedehnt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Friedensstimmung?

Der „Neuen Züricher Zeitung“ wird aus Le Havre anläßlich der Ernennung Baron Beyens zum belgischen Minister des Aeußern geschrieben, daß darin ein Zeichen für die Ernüchterung zu erblicken sei, die der Verlauf der Kriegsereignisse im Jahre 1915 und in den ersten Wochen des Jahres 1916 in Le Havre hervorgerufen hat. Man fühlt dort, daß der Krieg nicht ewig und nicht einmal die zehn Jahre dauern kann, wie man in England voraussagt. Man ist vielmehr überzeugt, daß der Frieden, wenn nicht gerade vor der Türe, so doch nicht mehr in allzu ferner Weite steht, und daß Deutschland bei den kommenden Friedensverhandlungen die Hauptrolle spielen. Das entscheidende Hauptgewicht in die Wagschale werfen wird. Belgiens künftiges Lebensinteresse erheischt, den mächtigen östlichen Nachbarn nicht ewig zum Feinde zu haben, und deshalb ist gerade Baron Beyens als ausgezeichneter Kenner der deutschen Verhältnisse, als Diplomat, der sich früher der Gunst des Kaiser Wilhelm erfreute, der alle ausschlaggebenden deutschen Staatsmänner persönlich kennt, die geeignetste Persönlichkeit in der herannahenden Entscheidungsstunde Belgiens.

Die englische Blockadeverschärfung.

Der „Pester Lloyd“ bespricht in einem Artikel die Folgen der verschärften englischen Blockade und kommt zu dem Schluß, daß die Spitze dieser Maßregel nur scheinbar gegen die Mittelmächte gerichtet sei, sich aber mit seiner ganzen Schärfe gegen den neutralen Handel richte. In England bemerkte man nämlich, daß die neutrale Schiffahrt, insbesondere die Amerikas, gewaltig im Vorsprung gegenüber der Englands sei. Es sei beschlossen worden, dem in diesem Kriege eingetretenen Aufschwung ein Ende zu bereiten. Eine verschärfte Blockade sei tatsächlich ein höchst geeignetes Mittel dazu. Die Schiffahrt zwischen Amerika und Europa würde ausschließlich durch England ohne Hindernisse besorgt werden; überdies wäre England in der Lage, allein preisbildend zu wirken, denn jede Konkurrenz durch Käufer aus anderen Ländern wäre ausgeschaltet durch die allein mögliche englische Vermittlung, die infolge der verschärften Blockade eintreten würde. Es wäre den Vereinigten Staaten auf viele Jahre die Möglichkeit entwunden, selbständig mit anderen Staaten Handel zu treiben. Die verschärfte Blockade bedeute also nicht mehr größere oder geringere Unbequemlichkeiten, sondern ein Lebensinteresse der neutralen Staaten, insbesondere der nordamerikanischen Union. Es sei nur die Frage, ob die amerikanische Union weitblickend und energisch genug sei, um an der Spitze der Neutralen dieser tätlichen Gefahr zu begegnen. Zweifellos würde ein allgemeines Ausfuhrverbot Amerikas die britische Regierung zum Nachgeben zwingen. Damit würde der neue Bruch des Völkerrechts durch England hinfällig, die Vorzugsstellung Amerikas die es während des Krieges erlangte, wäre befestigt und das entschlossene Auftreten Amerikas würden alle Neutralen sowie Kriegsgegner Englands mit größter Sympathie und Anerkennung aufnehmen.

Eine englische Erklärung über die Wirksamkeit der Blockade.

Reuter meldet aus London: Das Pressebureau veröffentlicht eine ausführliche Erklärung, worin die Behauptung über eine ungenügende Wirksamkeit der englischen Blockade und daß noch eine große Menge von Waren durch die neutralen Länder Deutschland erreicht, widerlegt wird. Die Erklärung gibt Ziffern und statistisches Material, woraus hervorgeht, daß die Berichte über die „Lücken“ gewaltig übertrieben sind und daß die Vermehrung der Einfuhr durch die Neutralen nur die Folge der Maßnahme sei, daß sie ihre Güter früher in Deutschland bezogen. Die Erklärung weist auf die Fehler in den Angaben des dänischen Blattes „Börsen“ hin und fährt fort, daß mit Rücksicht auf die großen Mengen von Waren, welche die britischen Behörden in England auf den Schiffen löschen ließen, die von britischen Patrouillen-Fahrzeugen aufgebracht wurden, vor einigen Monaten ein Abkommen mit den dänischen Reedereien geschlossen wurde, auf Grund dessen Güter, über die das Urteil eines Prisengerichts noch nicht gefällt wurde, mit den Handelsschiffen, mit denen sie ausgeführt wurden, nach Dänemark weitergeschickt werden können. Dagegen müßten sich die Reeder verpflichten, Waren eventuell nach England zurückzubringen oder sie in einigen Fällen bis zum Kriegsende aufzulagern, was unter gemeinsamer Kontrolle der Reedereien und der britischen Gesandtschaft zu geschehen habe. Die Ursache davon ist, daß sich die in Frage kommenden Waren zumeist zu unterst im Schiffe befanden, so daß dieses hätte ganz ausgeladen werden müssen, um sie herauszubekommen, was große Zeitverluste und Stauung von Schiffen in den britischen Häfen zur Folge gehabt haben würde. Jede Fracht, die in der Zeitung „Börsen“ gemeldet wurde, wurde mit riuckt. In allen Fällen stand eine ganze Ladung auf der Einfuhrliste der „Börsen“, obwohl ein bedeutender Teil der Güter nach England zurückgebracht oder in Dänemark für die Dauer des Krieges aufgestapelt wurde. Im Monat Dezember wurde u. a. gestattet, daß nicht weniger als 1700 Tonnen Kaffee und 640 Tonnen Kakao nach Dänemark gebracht wurden. Unter dieser Bedingung wurden ferner 1000 Tonnen Kaffee für Dänemark in England gelöscht. Diese Quantitäten sind aber in die Statistik des Blattes „Börsen“ eingereiht. Die Erklärung weist ferner auf gewisse Ungenauigkeiten hin und führt u. a. an, daß das ganze Quantum Reis und Mehl, welches in der zweiten Hälfte des Jahres 1915 in Dänemark eingeführt wurde, 8000 Tonnen betrug, wovon nur 2200 Tonnen aus dem Vereinigten Königreich geliefert wurden. Daraus ergibt sich ein Ueberschuß von 3000 Tonnen. Dieser war hauptsächlich der Preiserhöhung von ähnlichen Artikeln zuzuschreiben. Aber selbst wenn der ganze Ueberschuß nach Deutschland ausgeführt worden wäre, würde es nur ein Prozent von dem sein, was Oesterreich-Ungarn und Deutschland gebrauchen. In der Erklärung wird ferner die Aufmerksamkeit auf die Abnahme der Fetteinfuhr in Dänemark gelenkt und bemerkt, daß die Einfuhr nicht über die normalen Mengen hinausgehe. Bei Leinsamen und Oel ist dasselbe der Fall. Es wird darauf verwiesen, daß bei der Einfuhr von Schweinefleisch nach Dänemark eine große Verbesserung zu verzeichnen ist. Von dem Ueberschuß wurde vermutlich ein großer Teil nach Rußland weiterbefördert. Es verdient darauf hingewiesen zu werden, daß bei den anderen skandinavischen Ländern von derartigen Ueberschüssen keine Rede sein kann. Man vergißt die Tatsache, daß in normalen Zeiten die neutralen europäischen Länder große Mengen von Gütern aus Deutschland und Rußland bezogen haben. Weiter wird gesagt, daß den Neutralen zu den Mengen, die sie unter normalen Umständen einführen und darüber hinaus, noch ein kleines Plus für das natürliche Anwachsen des Handels zugestanden werden muß. Ueber die Baumwolle wird gesagt, es sei wahr, daß sehr große Mengen davon in den ersten Monaten des Krieges eingeführt wurden, ehe die königliche Verordnung vom März in volle Wirksamkeit trat. Seit April ist die Einfuhr auf die normale Menge herabgesetzt, die vor dem Kriege eingeführt worden war. — Infolge der Tatsache, daß in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden die Armeen teilweise mobilisiert sind, braucht es nicht wunder zu nehmen, daß ihre Einfuhr von Schuhen beträchtlich gestiegen ist. Die Ziffern für die ganze Einfuhr von Lederwaren nach Skandinavien und Holland weisen im Vergleich zu denen von 1913 keine Zunahme auf.

Norwegische Erbitterung über die englische Handelskontrolle.

Nach einer Meldung der Kopenhagener „Berlingske Tidende“ aus Christiania herrscht dort allgemein und besonders in den Kreisen der Industrie- und Geschäftswelt eine große Erbitterung gegen die englische Handelskontrolle, weil dieselbe recht willkürlich ausgeübt wird und in der Tat keinerlei nennenswerter Durchgangsverkehr nach Deutschland vor sich geht. Unter diesen Umständen verstimmt es um so mehr, daß England die Nahrungsmittel, die von Amerika kommen, und besonders die Rohstoffe für die Herstellung der Margarine beschlagnahmt, trotzdem Norwegen ein Ausfuhrverbot hierfür erließ. Durch die Beschlagnahme von Kupferdraht werden übrigens auch die elektrischen Anlagen in den Städten mit völligem Stillstand bedroht.

Amerikanische Stimmungen gegen England.

Unter der Ueberschrift „Wachsende Erbitterung gegen England“ bespricht „Evening Post“ in einer Depesche aus Washington ausführlich, wie die britische Diplomatie, welche sich auf dem Balkan durch ihre Kurzsichtigkeit so unheilvoll geirrt habe, in einer nicht zu fernen Zukunft finden dürfte, daß ihr Sehvermögen ähnlich beschränkt gewesen sei in bezug auf die Vereinigten Staaten. Denn England beherrscht die Lage unseres Landes nicht mehr so, wie es noch vor wenigen Monaten war. Wenn solche Vorzeichen diplomatischer Schwierigkeiten, wie sie jetzt am Horizont erscheinen, allenfalls die amerikanische öffentliche Meinung entfremden, so werden unsere englischen Vettern nicht die Einschränkungen des amerikanischen Handels oder des guten, alten amerikanischen Dollars, nicht die Dernburgs und den Ridders, sondern nur sich selbst zu tadeln haben. Der Korrespondent der „Evening Post“ gab ein erschöpfendes Bild in der vergangenen Woche über hohe Beamte in der amerikanischen Regierung und manche andere hervorragende Persönlichkeiten, die sich im Kongreß mit der Regierung identifizierten, und die bedauerliche Schlußfolgerung muß festgelegt werden, daß das erstaunliche Gefühl einer Abneigung gegen England jüngst entstanden ist und noch beständig wächst, weil es die Engländer daran fehlen lassen, den amerikanischen Standpunkt zu begreifen oder weil sie nicht willens sind, ihm die Wichtigkeit beizulegen, die er verdient.

In ihrem Kern sind die Ursachen hierfür in dem zu finden, was englische Staatsmänner öffentlich und privat über die amerikanische Angelegenheit erklären, ferner in den englischen Leitartikeln über die amerikanischen Diplomaten und Persönlichkeiten der amerikanischen Regierung und endlich in den Eindrücken zurückkehrender Beobachter, die bestätigen, daß das charakteristische Gefühl vieler Engländer Amerika gegenüber durch die geringschätzige Gleichmut gekennzeichnet werde. Als der Krieg ausbrach und noch viele Monate nachher stand die Sympathie der Amerikaner stark auf seiten Englands. Die belgischen Greuel, die Unmenschlichkeit der Zeppelinfahrten, die rohen Angriffe der Unterseeboote, die ohne Warnung erfolgten, trugen dazu bei, die Mittelmächte zu verdammen und die Aufmerksamkeit von eingestandenen Verletzungen des Völkerrechts, die England zur See verübte, abzulenken.

In allen diesen Monaten hat die amerikanische Regierung nur schwach ihre Stimme gegen die Alliierten erhoben und dadurch die dauernde Feindseligkeit eines großen Teiles der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung verursacht, weil sie ermangelte, England gegenüber eine ebenso rücksichtslose Politik zu verfolgen, wie dies Deutschland gegenüber der Fall war. Was aber unsern Offiziellen in der Seele wehtut, ist der Umstand, daß England unleugbar und durch die Macht der Umstände den Nutzen der amerikanischen Neutralität einerntete. Jede Würdigung von all dem im ganzen Auslande ist sehr spärlich gewesen, wofern sie überhaupt zu merken war. Hätten die Vereinigten Staaten sich dafür entschieden, peinlich neutral zu sein, so hatten sie sich innerhalb der geheiligten Grenzen der neutralen Rechte gehalten, wenn sie für alle telegraphischen Kabelverbindungen der Alliierten die Einschränkung der Zensur eingeführt hatten, und wenn sie alle Ausfuhr von Kriegsmunition bei Ausbruch des Krieges verboten hätten, wie dies Holland, Norwegen und die andern Staaten getan haben. Hierher hätte ferner gehört eine Gesetzgebung, welche die Emission von Kriegsanleihen verbietet, strenge Maßnahmen, um zu verhindern, daß einzelne Reservisten die Vereinigten Staaten verlassen, und die Einberufung einer Konferenz von Neutralen, welche, wie unsere eigenen Offiziellen privat zugeben, sich in eine antibritische Versammlung auflösen würde, die Vergeltungsmaßnahmen gegen die Verletzungen der Gesetze zur See durch die Engländer verlangen würde.

Statt dessen haben die Vereinigten Staaten es vorgezogen, passiv neutral zu sein und die weite Rücksichtnahme zu üben, wie sie mit neutralen Rechten und Pflichten verbunden ist. Aber wie ist alles dies beantwortet oder gewürdigt worden. Man braucht nur so etwas zu lesen, wie die Erzählung des Oberst Georg Harvey über die stechende Ironie und die beißende Kritik an den Vereinigten Staaten, die der Oberst in englischen Salons gehört hat, um die Mißverständnisse zu verstehen, die sich entwickeln.

Diese Erzählung ist typisch für so manche andere Berichte ähnlicher Art, auf die hohe Kreise der amerikanischen Regierung aufmerksam geworden sind. Es waren Dinge und Tatsachen dieser Art, daß in England wohnende Amerikaner so sehr ihren amerikanischen Ursprung vergessen hatten, daß sie die englische Anklage gegen die Vereinigten Staaten ermutigten, wodurch Präsident Wilson veranlaßt wurde, in seiner letzten